

Die „Sächsische Erziehung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher Nachm. 4 Uhr. Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., zweimonatlich 1 Mk., einmonatlich 50 Pf.

Einzelne Nummern 10 Pf.

Postzeitungsbestellliste 6337.

Alle kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Erziehung“ an. Mit „Musikr. Sonntagsblatt“. Mit humor. Beilage „Feisenblasen“. Mit „Landwirtsch. Beilage“.

Sächsische Volkszeitung.

Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderath zu Hohnstein.

Inseraten-Aannahmestellen: In Schandau: Expedition Zausenstraße 134, in Hohnstein: bei Herrn Stadtkassier Reinhard, in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler, Invalidendank und Rudolf Woffe, in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und in Hamburg: Rösch & Liebmann.

Nr. 117.

Schandau, Sonnabend, den 8. October 1898.

42. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Urwahlen zur Ergänzungswahl für die Handels- und die Gewerbetammer Dresden finden nicht, wie in der Bekanntmachung vom 29. vor. Mts. festgesetzt, Freitag, den 7. October,

sondern Freitag, den 21. October 1898, während der Zeit von Vormittags 9 bis Nachmittags 4 Uhr in den bereits bekannt gegebenen Lokalen statt.

Pirna, den 5. October 1898.
Königliche Amtshauptmannschaft.
Fhr. von Teubern.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Schiffbauer Friedrich Wilhelm Bierig von uns bis auf weiteres als Hilfsnachwächter an- und in Pflicht genommen worden ist.

Schandau, am 6. October 1898.
Der Stadtrat.
Wick, Bürgerm.

Stiftungszinsen betr.

Der unterzeichnete Stadtrat hat die Zinsen einer Stiftung auszuführen. Unbescholtenen, in Schandau geborene, die sächsische Staatsangehörigkeit besitzende Jungfrauen und Wittven evangelisch-lutherischer Konfession im Alter von nicht unter 65 Jahren, welche bei dieser Verteilung bedacht sein wollen, haben ihre diesbezüglichen Gesuche bis zum

22. October dieses Jahres hier einzureichen. Ausnahmsweise können auch Jungfrauen und Wittven der gedachten Art, welche nicht unter 50 Jahre alt sind, Berücksichtigung finden. Almosenempfängerinnen können keinesfalls berücksichtigt werden. Schandau, am 5. October 1898.

Der Stadtrat.
Wick, Bürgerm.

Die Volksbibliothek.

befindlich im älteren Schulgebäude, wird zu fleißiger Benutzung empfohlen. Ausgabe der Bücher Sonntags Vorm. von 11—12¹/₂ Uhr durch Herrn Lehrer Wischerlich. Schandau, am 16. Februar 1898.
Der Ausschuss für die Verwaltung der Volksbibliothek.
Wick.

Nichtamtlicher Theil.

Der Arbeitsnachweis.

Die Verhandlungen der kürzlich in München abgehaltenen erstmaligen Conferenz des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise haben das allgemeine Interesse erneut einer nicht unwichtigen Seitenfrage des großen sozialen Gesamtproblems unserer Zeit zugelenkt. Die Frage, ob und inwieweit es möglich und angängig sei, den Arbeitslosen im Staate wieder Arbeit und Verdienst, genügend zum Lebensunterhalt zu verschaffen, hat sich aus den wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen der Gegenwart mehr und mehr als ein nicht mehr zurückweisendes Problem herausgeschält und zunächst in Deutschland, dem Ursprungslande der modernen socialpolitischen Reformen, ernste praktische Würdigung gefunden. Auf beiden Seiten, im Lager der Arbeitnehmer wie in jenem der Arbeitgeber, sind bei uns Arbeitsnachweise für beschäftigungslose Arbeiter eingerichtet worden, wobei sich aber bald herausstellte, daß die von den Gewerkschaften eingerichteten Arbeitsnachweise nur ein socialdemokratisches Kampf- und Machtmittel mehr sein sollen, daß sie dazu bestimmt sind, in einseitigster Weise die Sache der Arbeiter gegenüber dem Unternehmertum zur Geltung zu bringen. Durch eine solche Behandlung lediglich vom parteitactischen Standpunkte aus wird jedoch der Charakter des Arbeitsnachweises verzerrt; soll diese gemeinnützige Einrichtung wirklich gedeihen, so muß sie von der politischen Parteischablone möglichst losgelöst und der rein wirtschaftlichen Bedürfnisse beider Parteien, der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer, unterthan gemacht werden, welche letztere Richtungslinie sich denn auch die Verbände der Arbeitgeber bei Errichtung von Arbeitsnachweisen überwiegend gesteckt haben.

Nur läßt sich freilich nicht verkennen, daß in der practischen Ausführung dieser Frage gewisse Schwierigkeiten hervortreten, wie sie auch auf der Münchener Conferenz berührt worden sind. Es darf die dem revolutionären Socialismus entflammende Idee des Rechtes auf Arbeit durchaus nicht als eine unbedingte Verpflichtung des Staates und der Gesellschaft anerkannt werden. Weder der eine noch der andere dieser Factoren sind in der Lage, dem Arbeiter mit dem Recht auf Arbeit als logische Folgerung aus demselben zugleich die Bürgerschaft für eine nach allen Seiten hin gesicherte, möglichst auskömmliche Lebenshaltung zu gewähren zu können, es ist sogar höchst zweifelhaft, ob der Zukunftsstaat der Herren Singer und Liebknecht die Garantie für einen solchen Idealzustand übernehmen würde. Andererseits jedoch ist auch nicht zu verkennen, daß in der That ein allgemeines Interesse obwaltet, möglichst wenig Leute arbeitslos zu lassen und freie Arbeitskräfte dorthin zu bringen, wo sie Verwendung finden. Demnach kommt es bei der Einrichtung der Arbeitsnachweise hauptsächlich auf die zweckmäßigste Regulierung des Angebotes und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt an, derart, daß das an einer Stelle überschüssige Arbeitsmaterial nach einer anderen Stelle hin dirigirt wird, an welcher Arbeitskräfte mangeln. Da sich aber Arbeitsangebot wie Arbeitsnachfrage nur an Ort und Stelle ermitteln lassen, so bedarf es zunächst lokaler Einrichtungen, lokaler Organisation der Arbeitsnachweistellen, weil hierbei eine genaue Kenntnis der örtlichen Verhältnisse vorausgesetzt werden muß. Die lokalen Arbeitsnachweise werden zugleich die Aufgabe haben, die Vermittelungsstelle zu bilden, inwieweit sich der Bedarf, sei es an Arbeitern oder Arbeitsstellen, am Orte selbst decken läßt. Schwieriger gestaltet sich schon die Regelung

des Arbeits- wie des Arbeiterbedarfes zwischen verschiedenen Orten, wozu eine weitere Organisation, ein Zusammenwirken der örtlichen Nachweise und demnach die Gründung einer Centralstelle nöthig ist, welche die Nachrichten sammelt, austauscht und die Dispositionen trifft. Auf alle Fälle jedoch gilt es, daran festzuhalten, daß der Arbeitsnachweis kein Machtmittel im wirtschaftlichen Klassenkampf sein und werden darf. Er hat seine Functionen auszuüben, unbestimmt darum, ob zwischen einem Unternehmer oder der Unternehmerschaft einer Branche und ihren bisherigen Arbeitern Streitigkeiten über den Inhalt des Arbeitsvertrages obwalten, Streitigkeiten, die vielleicht in einer Arbeitseinstellung oder aber in einer „Aussperrung“ der Gehilfen zum Austrag gebracht werden. Gerechtigkeit und Unparteilichkeit gegenüber allen sich an ihn wendenden Interessenten — das müssen die obersten Grundsätze in der Leitung jedes Arbeitsnachweises sein und bleiben, soll diese Institution wirklich wohlthätig wirken.

Politisches.

Für längere Wochen zum letzten Male hat jetzt Kaiser Wilhelm mit seinem wieder beendigten Aufenthalt im Jagdschloffe Rominten in deutschen Wäldern gewelt. Denn nur wenige Tage noch, und er tritt in Begleitung seiner erlauchten Gemahlin jene große Reise an, die ihn über Venedig nach Konstantinopel und dann weiter nach dem eigentlichen Reiseziele, nach Palästina und Jerusalem, der heiligen Stadt, führen wird, um hierauf an den Ufern des Riß ihren Abschluß zu finden. Längst schon hat die nun herangekehrte Orientfahrt des deutschen Kaiserpaars allgemeines Interesse erregt, nicht nur in Deutschland selbst, sondern mindestens im gleichen Grade auch im Auslande. Vielfach macht sich in letzterem die Meinung geltend, daß Kaiser Wilhelm mit seiner Reise nach dem Orient gewisse politische Zwecke verfolge, die der Versuch an den heiligen Stätten nur verschleiern solle. Es bedarf aber wohl kaum einer besonderen Widerlegung dieses namentlich in französischen und englischen Blättern genährten Gerüchtes, der bevorstehende Besuch im „Gelobten Lande“ entspricht einem schon seit einiger Zeit gehegten lebhaften Wunsche unseres Kaisers, welchen es in seiner bekannten tiefempfundenen Religiosität drängte, endlich auch einmal jenen erteilten Boden zu betreten, auf welchem einst Christus der Herr gewandelt. Mit der Politik aber hat diese Reise des Monarchen wahrlich nichts zu schaffen, wenigstens liegen derselben wirkliche politische Beweggründe durchaus fern, was allerdings nicht anschlief, daß die Kaisersfahrt nach Konstantinopel, Jerusalem und Kairo gewiß eine Stärkung und Erhöhung des Ansehens und des Einflusses des mächtigen deutschen Reiches im Orient zur Folge haben kann.

Mit dem Donnerstag, den 6. d. M. erfolgten Wiederzusammentritte des Bundesrathesplenums sind die Vorarbeiten zu der ersten Tagung des neugewählten Reichsparlamentes gewissermaßen in officieller Weise eingeleitet worden. Ueber die dem Bundesrath einzuweisenden unterbreiteten Vorlagen wird man wohl in den nächsten Tagen Näheres hören; der vom Kaiser in Deynhansen angekündigte Gesegentwurf zum besseren Schutz Arbeitswilliger dürfte sich indeß nach Allem, was über den Stand dieser Frage verlautet, noch nicht unter dem für den Bundesrath bestimmten vorläufigen Berathungsmaterial befinden. — Die Landtagswahlbewegung in Preußen zieht ihre Kreise weiter,

auch der letzte der noch rückständigen Wahlaufträge, derjenige der Freiconservativen, ist nunmehr veröffentlicht worden, er deckt sich in seinen Forderungen im wesentlichen mit der officiellen Wahlkundgebung der Conservativen.

Der socialdemokratische Parteitag in Stuttgart hat bis jetzt vorwiegend theils persönliche, theils ziemlich tiefgehende sachliche Meinungsverschiedenheiten über die Erfolge, Ziele und Taktik der Partei gezeitigt. Besonders lebhaft dürfte es auf dem Parteitage bei der Erörterung des bis zuletzt aufgesparten Themas von der eventuellen Beteiligung der „Genossen“ an den preussischen Landtagswahlen gehen.

Die ungewisse politische Lage in Oesterreich weist jetzt durch die Erhebung des bisherigen liberalen Handelsministers im Cabinet Thun, des Dr. Wärrreither, durch Baron Dipauli, den Obmann der katholischen Volkspartei des Abgeordnetenhauses, eine erstmalige Klärung im Sinne einer entschiedenen Rechtschwenkung des Cabinets Thun auf. Graf Thun scheint es in der That, wie ihm nachgesagt wird, mit einem ausschließlichen Parteiregiment der clerical-slavischen Rechten versuchen zu wollen, dann würden natürlich härtere Tage denn je für die Deutschen Oesterreichs kommen. Im österreichischen Abgeordnetenhaus ist bislang die erste Lesung der Ausgleichsvorlagen ohne größere Zwischenfälle verlaufen; bemerkenswerth ist, daß sich hierbei neben den Rednern sämtlicher Oppositionsparteien der Linken auch diejenigen der Christlich-Socialen, Dr. Lueger und Schlessinger, gegen die Vorlagen erklärten.

In Frankreich steigen in der Dreyfusfrage die Actien der Revisionsfreunde. Es gilt als sicher, daß der Generalstaatsanwalt am Pariser Cassationshofe, Manau, die Revision des Dreyfus-Prozesses auf Grund der von ihm vorgenommenen Prüfung der Dreyfus-Acten entschieden verlangen wird. In Paris ist ein größerer Arbeiterstreik, der bereits verschiedene Kategorien von Arbeitern umfaßt, ausgebrochen. Zuerst streikte ein erheblicher Theil der bei den Weltausstellungsbauten beschäftigten Arbeiter, worauf andere Arbeiter, so die Ausländer an den Seine-Quais, die Maurer, Zimmerer und Maler an vielen Privatbauten, u. A. nachfolgten. Es sind von den Streikenden bereits ernste Ausschreitungen begangen worden, sodas zur Wiederherstellung der Ruhe Militär requirirt werden mußte.

Die zwischen Frankreich und England entstandene Streitfrage wegen des Besitzes von Fashoda spielt einseitig noch hinter den diplomatischen Coullissen; von einer Lösung scheint sie noch weit entfernt zu sein.

Die Friedensverhandlungen zwischen den spanischen und den amerikanischen Regierungsvetretern sind seit dem 1. October in Paris im Gange. Besonders viel wird Spanien hierbei für sich freilich nicht mehr herauszuschlagen vermögen, die amerikanischen Friedenscommissare führen da eine viel zu bestimmte Sprache. Ihr Obmann, Day, ist von Washington aus sogar ermächtigt worden, die Arbeiten der Conferenzen jederzeit unterbrechen zu lassen, falls die Spanier Forderungen, die Amerika nicht hassen sollten, erheben würden. Die Pankees behalten auch sonst ihr rücksichtsloses Auftreten gegenüber dem besiegten Spanien bei. So verlangen sie die sofortige Räumung Cubas seitens der Spanier, obwohl spanischerseits beibehalten wird, daß dies so rasch gar nicht möglich sei. Einen schwachen Trost bilden für Spanien unter den obwaltenden Verhältnissen die fortgesetzten spanischen Waffenerfolge auf dem Bisayas-Archipel bei den Philippinen. General

Inserate, bei der weiten Verbreitung d. M. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr aufzugeben. Preis für die gespaltene Corpuzelle oder deren Raum 10 Pf. Inserate unter fünf Zeilen werden mit 50 Pf. berechnet (tabellarische und complicirte nach Uebereinkunft).

„Eingefandt“ unterm Strich 20 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.